

Luxemburg, den 5. Mai 2026

Reform des Klimabonus im Kontext des Iran-Konflikts

Ein klares Signal zugunsten von bezahlbarer Energie – jetzt!

Die Regierung hat im Sommer 2025 einen Gesetzesvorschlag zur Verlängerung der Klimabonus-Beihilfen vorgelegt. Wir begrüßen prinzipiell die vorgesehene Vereinfachung, sorgen uns jedoch um die konkreten Auswirkungen für die Bürger*innen, die in die Energiewende investieren wollen.

Konkrete Beispielrechnungen der Salariauskammer legen nahe, dass **die Reform in einigen Fällen zu einer Reduzierung der Zuschüsse führen wird**, z.B. beim Einbau von Wärmepumpen in Mehrfamilienhäusern. Dies hätte zur Folge, dass Investitionen zugunsten der Energiewende gebremst werden. Die Regierung hat es bisher verpasst, hierzu genauere Informationen und Beispielrechnungen zu veröffentlichen.

Genauso vermissen wir zusätzliche Maßnahmen zugunsten der Energiewende in Zeiten der durch den Konflikt im Iran ausgelösten Energiekrise und den dadurch steigenden Energiepreisen. Tatsache ist: **Die von der Regierung vor dem Iran-Krieg vorgestellte Reform der Klimabonus-Beihilfen blendet die Realität der derzeitigen Verteuerung der Energiepreise aus.**

Solange die Abhängigkeit von fossilen Energien besteht, wird jede neue geopolitische Krise auch eine Energiekrise für Europa und Luxemburg sein. Nur wenn wir diese Abhängigkeit reduzieren, können wir unsere Sicherheit und Freiheit für die Zukunft absichern und verhindern, dass wir immer und immer wieder in neue fossile Energiekrisen geraten.

Die Wärmewende, weg vom fossilen Gas und Heizöl, hin zu erneuerbaren Energien, ist hierfür unabdinglich. Deshalb braucht es jetzt ein klares Signal zugunsten von bezahlbarer Energie.

Wir fordern:

- Die kurzfristige Einführung eines Top-Ups von 2.000 Euro für Wärmepumpen die seit Beginn des Iran-Konflikts und bis Ende Juni 2027 installiert wurden;
- Die kurzfristige Einführung eines Top-Ups von 2.000 Euro für neue E-Autos, sowie die Verdopplung der Prämie für gebrauchte E-Autos von 1.500 auf 3.000 Euro, die seit Beginn des Iran-Konflikts und bis Ende 2026 erworben wurden;
- Eine genaue Evaluierung der konkreten Auswirkungen der Reform der Klimabonus-Beihilfen und, falls nötig, eine Überarbeitung, um sicher zu stellen, dass die Beihilfen nicht reduziert werden bzw. keine zusätzlichen Kosten für die Bürger*innen entstehen;

- Die Umsetzung der Vorfinanzierung von Wärmepumpen bis Ende dieses Jahres;
- Die Umsetzung des *Leasing social* von Wärmepumpen und E-Mobilität bis Ende dieses Jahres.